

Stellungnahme NEP – 25.04.2023

1. Der Bau der HGÜ-Leitungen ist ein extrem teures Mehrgenerationenprojekt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein solches Projekt von der Bedarfsfeststellung, über die Bewertung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit im Rahmen der Konsultationen, bis zum Bau der Trassen den vier Übertragungsnetzbetreibern, die letztlich ein finanzielles Interesse am größtmöglichen Ausbau haben, übertragen wird. Der beiden Energiedialoge in Bayern haben deutlich gezeigt, dass der Ausbau der HGÜ-Netze überdimensioniert ist und – gerade der Suedostlink (Projekte DC5 und DC20) – zunächst hauptsächlich einer gesicherten Einspeisung von Kohlestrom dienen sollte. Für diese Trassen gibt es im Rahmen einer dezentralen, verteilnetzorientierten Energiewende keinen Bedarf.
2. Laut Website netzentwicklungsplan.de wurden bei den bisherigen Konsultationen 46.438 Stellungnahmen abgegeben. Bei den Veröffentlichungen konnte man sehen, dass nahezu hundert Prozent, darunter auch zahlreiche aus der wissenschaftlichen Fachwelt, den überdimensionierten Netzausbau insgesamt, aber speziell auch den des HGÜ-Netzes abgelehnt haben. Eine Reaktion der Übertragungsnetzbetreiber in den jeweils folgenden Plänen ist nicht erkennbar. Dieses Verfahren ist eine Farce und lediglich eine Beruhigungsspiel für die Öffentlichkeit. Die Beteiligung wird bei den zukünftigen Ausgaben stark abnehmen, was sicher auch zur Strategie gehört.
3. Von November 2014 bis Anfang Februar 2015 fand der bayerische Energiedialog statt, bei dem unter anderem auch die Notwendigkeit der HGÜ-Trassen geklärt werden sollte. Das Ergebnis, das sicher gut bekannt ist, lautete stark verkürzt 2 minus X. Es wurde nachgewiesen, dass mindestens auf eine, voraussichtlich aber auch auf zwei der HGÜ-Leitungen nach Bayern verzichtet werden kann. Auf die Ergebnisse des bayerischen Energiedialogs wird bis heute in keiner Weise eingegangen. Das ist Ignoranz pur und wird von der Öffentlichkeit auch so wahrgenommen.
4. Die in der Öffentlichkeit dargestellte Notwendigkeit des Windstromtransports vom Norden in den Süden ist schon aus dem Grund nicht richtig, weil das erzeugte Volumen nicht einmal für den Bedarf im nördlichen Teil Deutschlands ausreicht. An windreichen Tagen gibt es dann z. B. keinen Bedarf im Süden. Wenn der Strom aus erneuerbaren Energien dort verbraucht oder gespeichert werden würde, wo er erzeugt wird, gäbe es keine Netzengpässe. Eine dezentrale Stromerzeugung macht lange Stromtrassen, die vorzugsweise dem innereuropäischen

Stromhandel dienen, überflüssig.

5. Mit dem Ausbau der Offshore-Windkraft auf 70 GW soll die dezentrale Energiewende in ein zentrales Versorgungssystem zurückgedreht werden. Das kann nicht funktionieren. Die Natur und auch die Menschen werden sich dagegen stemmen. Das bestehende Übertragungsnetz ist nach einer Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare für einen überregionalen Austausch, auch für die Industrie, völlig ausreichend. Alles andere ist nicht finanzierbar.

6. Klar erkennbar in diesem NEP ist der Einfluss der alten großen Energieerzeuger auf die Netzausbaupläne. Mit diesen Trassen soll die zentrale Erzeugung von fossiler Energie und der überregionale Transport möglichst lange aufrecht erhalten bleiben. Im Einklang mit dem Gesetzgeber (EnWG, EEG, NABEG, PlanSiG etc.) soll die Energiewende, wo immer möglich, verzögert werden. Alte Energie und große Netze sind zu Lasten der Verbraucher äußerst lukrativ für einige wenige.

7. Keine angemessene Beachtung im NEP finden ebenfalls die vielfach auch schon umgesetzten Pläne vieler Bundesländer zur regionalen Ausschöpfung ihrer Energiepotentiale. Die bisher erfolgten Anstrengungen vieler Regionen zur dezentralen Energiegewinnung werden zunichtegemacht. Die vom Lobbyismus stark beeinflusste Gesetzgebung bremst vieles aus.

8. Wenn seitens der ÜNB das vorgeschriebene NOVA-Prinzip konsequent angewendet werden würde, könnte die Transportkapazität allein durch Austausch der Leiterseile verdoppelt werden. Neue Beseilungstechniken, wie Hochtemperaturleitungen, aber auch Leiterseilmonitoring und Lastflusssteuerung mit Phasenschiebern machen HGÜ-Trassen und die meisten Hochtürme im HDÜ-Bereich unnötig. Die dann mögliche bessere digitale Steuerung wird Netzengpässe vermeiden.

9. Mit dem Ausbau der dezentral erzeugten regenerativen Energien, der Beschleunigung des Ausbaus von Speichermöglichkeiten und dem Einsatz der nach der Abschaltung der Atomkraftwerke freiwerdenden Leitungsnetze ist die Versorgungssicherheit jeder Region in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet. Die konsequente Förderung und Nutzung von dezentral erzeugten Energien, wie Sonnen- und Windenergie, Biogasanlagen und Blockheizkraftwerken, unter Zuschaltung von schnell regulierbaren Gaskraftwerken zur Sicherheit, sowie die grundsätzliche Ausschöpfung der Energieeffizienzpotentiale reduzieren den Leitungsbedarf.

10. Die Verteilung der Lasten des unter dem Deckmantel der Energiewende überdimensionierten Leitungsausbaus über das Netzentgelt auf die Schultern der Bürger ist im höchsten Maße

sozial ungerecht, stiftet enormen Unfrieden und wird die schon heute sehr hohe Energiearmut weiterwachsen lassen. Mit dem laut Seite 224 des NEP veranschlagten Investitionssumme nur für das Zubaunetz in Höhe von 239,7 Milliarden Euro werden die Kosten für die kleinen Verbraucher explodieren. Warum gibt es keinerlei Hinweis auf die Finanzierungskosten? Der Einsatz von Gaskraftwerken mit gespeichertem grünen Wasserstoff bei Dunkelflauten wäre wesentlich günstiger als dieser Netzausbau.

11. Die Entscheidungen, die bezüglich der Energiewende getroffen werden, sind Generationsentscheidungen. Das Netz der Zukunft muss flexibel sein. Es muss in der Lage sein, regional erzeugte Energien auch regional zu verteilen. Dazu braucht es auch Speichermöglichkeiten und Flexibilität. Das heißt, es geht um das Verteilnetz, in das auch über 90 Prozent der erneuerbar erzeugten Energien eingespeist werden. Der in diesem NEP geplante Netzausbau ist insgesamt überdimensioniert, weder wirtschaftlich vertretbar noch umweltverträglich und damit insgesamt nicht genehmigungsfähig. Grundsätzlich muss überdacht werden, ob der Netzentwicklungsplan nicht von unabhängigen Gutachtern und Wissenschaftlern zu erstellen ist.

12. Erkennbares Ziel des HGÜ-Ausbaus ist die Stärkung des europäischen Binnenmarktes durch das Stromexportland Nr. 1 Deutschland. Dafür steht das Oligopol von Stromnetzanbietern mit monopolistischen Strukturen. Das geht weit über den Grundversorgungsauftrag der Bundesregierung für elektrische Energie im Rahmen der Daseinsvorsorge hinaus. Dazu kommt, dass die Ermittlung des wirklichen Bedarfs für den Netzausbau immer noch verschleiert wird. Hier stellt sich die Frage, ob die Neutralität der Bundesnetzagentur aufgrund ihrer Kundenbeziehungen zu den Energielobbyisten überhaupt noch gegeben ist? Hier braucht es eine wirklich neutrale Instanz.

13. Die Entwicklung von Alternativen (z.B. Smart-Grid) und Speichermedien (Power-to-Gas, LOHC, Redox-Flow Batterien) wird nicht gefördert, sondern blockiert, sowie deren Ausbau behindert. Der aktuelle NEP geht zwar auch auf diese Themen ein, jedoch verweist TenneT in diversen Veranstaltungen darauf, dass diese Techniken erst nach der Umsetzung der Netzpläne zum Tragen kommen. Das ist kontraproduktiv für die Energiewende und das Erreichen der Klimaziele.

14. Immer wieder findet man in der Kommunikation der ÜNB den Hinweis, dass bestehende Grenzwerte für elektromagnetische Felder durch die geplanten Leitungsbaumaßnahmen eingehalten werden. So sind die Grenzwerte in Deutschland mit 500 µT für die zulässige

magnetische Induktion (magnetische (Kraft) Flussdichte) im internationalen Vergleich (Vorsorgewert Schweiz: $1\mu\text{T}$, USA: $0,2\mu\text{T}$) viel zu hoch. Infolgedessen kann eine Trasse wesentlich näher an Wohnbebauungen herangeführt werden, was zu massiven psychischen Belastungen der Anwohner führt, die mit der Ungewissheit über die gesundheitlichen Risiken leben müssen. Eindeutig sind jedoch die bei Forschungen ermittelten Werte von bestimmten Krankheitsfällen im Umfeld von Höchstspannungstrassen, die eine Erhöhung von 30 bis 70 Prozent über dem normalen Durchschnitt nachweisen.